

Bündnis **Sahra** Wagenknecht

**Fraktion in der
Regionsversammlung**

Dr. Ulrich Wolf
Stv. Fraktionsvorsitzender

Osterstraße 60
30159 Hannover

0176/63339359

27.8.2025

Antrag gemäß § 8 der Geschäftsordnung Resolution zur Situation im Gazastreifen

In den Regionsausschuss am 16.9.2025
In die Regionsversammlung am 23.9.2025

Beschlussvorschlag:

Die Regionsversammlung Hannover verurteilt den andauernden Krieg und die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen. Über zwei Millionen Menschen sind von Vertreibung, Bombardierungen, Hunger und medizinischer Not betroffen. Vor dem Internationalen Gerichtshof läuft eine Klage wegen Völkermordes.

Der von der israelischen Regierung angeordnete Angriff auf Gaza Stadt hat die ohnehin katastrophale Lage der Zivilbevölkerung im Gazastreifen noch weiter verschärft. Die UNO hat als Folge dessen den Zustand der Hungersnot festgestellt – Tausende Kinder sind vom Hungertod bedroht.

Die Blockade humanitärer Hilfe, die Zerstörung ziviler Infrastruktur und das bewusste Aushungern der Bevölkerung sind schwerste Verstöße gegen das Völkerrecht und müssen international geahndet werden. Das Gleiche gilt für die gezielte Tötung von Journalisten durch das israelische Militär.

Angesichts dieser Verbrechen dürfen wir nicht schweigen. Auch auf regionaler Ebene haben wir die Pflicht, unsere Stimme für Menschlichkeit, Frieden und internationales Recht zu erheben.

Wir fordern von der Bundesregierung:

-Stellen Sie unverzüglich alle Waffenlieferungen und jede Form militärischer Unterstützung für die israelische Regierung ein, solange diese gegen das Völkerrecht verstößt.

-Folgen Sie dem Beispiel zahlreicher anderer Staaten und erkennen Sie den Staat Palästina offiziell an.

-Setzen Sie sich für die sofortige Aufhebung der völkerrechtswidrigen Seeblockade des Gazastreifens durch Israel ein.

-Unterstützen Sie die unabhängige Aufklärung aller Kriegsverbrechen – ob durch das israelische Militär, die Hamas oder andere Akteure.

-Treten Sie entschlossen für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand sowie den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe ein.

Wir stehen solidarisch mit allen Menschen – in Palästina, in Israel und weltweit –, die für Frieden, Gerechtigkeit und die Einhaltung des Völkerrechts eintreten.

Wir wenden uns gegen jede Form von Rassismus, Menschenfeindlichkeit und religiöser Diskriminierung – unabhängig davon, von wem sie ausgeht.

In diesem Sinne appellieren wir an unsere israelische Partnerregion Unter-Galiläa:

-Setzen Sie sich für ein Ende der Gewalt und einen dauerhaften Waffenstillstand ein.

-Fordern Sie Ihre Regierung auf, die humanitäre Katastrophe nicht weiter zu verschärfen, sondern durch die Öffnung der Grenzen für Hilfslieferungen zu lindern.

-Stellen Sie sich auf die Seite des internationalen Rechts und der Menschenrechte – gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung.

Dr. Ulrich Wolf
Stv. Fraktionsvorsitzender